

rend der Staat selbst die Verlautbarungen offensichtlich eher als „Lippenbekenntnisse“ betrachtete. Da eine offene Kritik ohnehin nur neue Repressalien heraufbeschwören würde, paßt sie sich den Machtverhältnissen gezwungenermaßen an, wie Erzbischof *Nguyen Van Binh* von Ho-Chi-Minh-Stadt im April 1986 gegenüber deutschen Presse-Vertretern erklärte. Ihm gestattete man anlässlich des „Gebetstages für die verfolgte Kirche“ (den die Deutsche Bischofskonferenz Vietnam gewidmet hatte) ein Interview, dessen Formulierungen deutlich Rücksicht auf staatliche Stellen verrieten: „Wir sind diejenigen, die sich mit den Gegebenheiten abfinden müssen. ... Es gibt vielleicht viele Menschen hier, die diese Regierung innerlich ablehnen. Das ist möglich. Aber wir als Kirche können nicht sagen, wir akzeptieren diese Regierung oder wir akzeptieren sie nicht.“ (epd, 23. 4. 86)

### Chance für einen Neubeginn?

Die Kirche hat sich deshalb auch mit der Existenz des Vereinigungskomitees abgefunden, das sie allerdings nur als staatliches Organ ansieht. Sie muß sich mit ihm arrangieren, da das Komitee z.B. beim Druck kirchlicher Schriften eingeschaltet werden muß (1985 durfte die Kirche 80 000 Gebetbücher und 8000 Bibeln drucken lassen – Fides, 30. 11. 85).

Dies fällt um so leichter, als die Regierung augenscheinlich vorerst nicht beabsichtigt, das Komitee als Instrument zur Abspaltung der Kirche von Rom zu benutzen. Dies könnte den *außenpolitischen Interessen* Vietnams schaden, und zudem ist die regime-treue Organisation wohl eben doch noch zu schwach. Erzbischof Binh ließ insofern vorsichtigen Optimismus erkennen, als er meinte: „Wir können nicht sagen, ob diese Vereinigung

immer eine positive Rolle spielen wird. Das wäre zu gewagt. Aber bis jetzt, in den letzten beiden Jahren, war das Komitee der Kirche dienlich. Und ich hoffe, das gilt auch für die Zukunft. Wenn wir etwas mit der Regierung zu regeln haben, wenn es Schwierigkeiten gibt, dann wenden wir uns an das Komitee und bitten darum, unseren Standpunkt gegenüber den staatlichen Stellen klarzulegen. Bis jetzt hat das funktioniert“ (ebd. S. 6).

Diese Haltung wird jedoch keineswegs von allen Oberhirten oder gar Gläubigen geteilt. Nicht wenige werfen manchen Bischöfen Resignation, ja Feigheit vor. Sie verweisen auf das mutige Auftreten jener, die trotz staatlicher Drohungen offen ihre Meinung äußerten. Für sie sind Erzbischof Dien oder der ebenfalls in seiner Amtsausübung stark behinderte Kardinal *Trinh Van Canh* von Hanoi sicherlich eher Vorbilder. Es gibt aber auch Gläubige, die die erniedrigende Lage der Kirche als *Chance zu einem Neubeginn* verstehen. Sie versuchen, in ihrer jeweiligen Umgebung im christlichen Geiste tätige Nächstenhilfe zu üben und so ihren Mitmenschen in der Not zumindest ein Gefühl der Gemeinschaft zu vermitteln. Erzbischof Binh sieht denn auch hierin die Möglichkeit, der ihrer materiellen Mittel weitgehend beraubten Kirche ein neues Profil als „Kirche für die Armen“ zu verleihen: „Das bedeutet: Kirche mitten im Volk, eine Kirche, die sich nicht gegen das vietnamesische Volk stellt, nicht in einer Oppositionsrolle verharrt ... Das heißt, wir müssen in Armut leben, wir müssen uns zuallererst um die Ärmsten kümmern ... Man kann in diesem Sinn auch sagen, wir wollen eine ‚Kirche der Armen‘ sein. Aber man muß genau erklären, was damit gemeint ist. Die Kirche ist nicht ausschließlich für die Armen da. Sie ist für alle da. Wir wollen im ganzen vietnamesischen Volk die christliche Lehre verkünden, vor allem aber den Armen“ (ebd., S. 5).

Peter Drews

## Kurzinformationen

**Johannes Paul II. äußerte sich am 28. Juni ausführlich zum Stand der Nacharbeit der Konzilsondersynode 1985.**

Der Papst widmete die traditionelle Halbjahresbilanz beim Zusammentreffen mit der Kurie und den Mitarbeitern des Vatikanstaats an Peter und Paul diesmal ganz dem Rückblick auf die außerordentliche Vollversammlung der Bischofssynode Ende letzten Jahres (vgl. HK, Januar 1986, 34–48). Dabei ging er vor allem auf die drei Vorschläge des Schlußdokuments ein, die er schon in seiner Schlußansprache als besonders wichtig herausgehoben hatte: Ostkirchenrecht, „Weltkatechismus“ und Stellung der Bischofskonferenzen. Nach den Worten des Papstes soll das *Kirchenrecht für die katholischen Ostkirchen* bald fertiggestellt werden. Er kam auf die Errichtung der Kardinals- und Bischofskommission zur Erar-

beitung eines Katechismusedentwurfs zu sprechen, die unlängst bekanntgegeben wurde (vgl. HK, Juli 1986, 304): Die Kommission könne im Verlauf ihrer Arbeit auf *Konsultoren und Experten* zurückgreifen, damit die Vorbereitung des Katechismus in der von der Synode gewünschten Art und Weise vor sich gehe und den „pädagogischen, psychologischen und technischen Anforderungen der modernen Kultur und Gesellschaft“ Rechnung trage. Der Katechismusedentwurf werde nach seiner Fertigstellung wie das Schema zum CIC den Bischöfen zur Stellungnahme vorgelegt. Die Verantwortung für die von der Synode gewünschte Studie über den *theologischen Ort und die Lehrautorität der Bischofskonferenzen* wurde von Johannes Paul II. mit Schreiben vom 19. Mai dem Präfekten der Bischofskongregation übertragen. Die Ortskirchen und die Kurienorgane würden

bei der genaueren Durchführung der Untersuchung konsultiert. Der Papst gab auch bekannt, daß der Bischofsrat beim Synodensekretariat beschlossen habe, die von der Synode im Schlußdokument aufgeworfene Frage nach dem *Subsidiaritätsprinzip* in der Kirche weiter zu klären. Dazu werde ein „Status quaestionis“ ausgearbeitet. Die Arbeit sei schon aufgenommen worden, und die ersten Ergebnisse würden bei der Herbstsitzung des Synodenrats behandelt. Zum Schlußdokument der Synode sagte der Papst in seiner Peter-und-Paul-Ansprache, alle in der Kirche sollten daraus die Grundlinien für die Pastoral am Ende des zweiten Jahrtausends entnehmen.

#### **In München tagte vom 3. bis 9. Juli das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes.**

Der auf der Vollversammlung von Budapest 1984 zum Präsidenten des LWB gewählte ungarische Bischof *Zoltán Káldy* konnte nicht an der Sitzung teilnehmen; er hatte Ende letzten Jahres einen Herzinfarkt erlitten. Der neue Generalsekretär des 104 lutherische Kirchen umfassenden Weltbundes, der Norweger *Gunnar Staalsett*, sprach sich in seinem Rechenschaftsbericht vor dem 30köpfigen Exekutivkomitee für eine *verbindliche Einbeit der lutherischen Kirchen* aus: Man müsse angesichts der Tatsache, daß der LWB gelegentlich schon wie eine Weltkirche handle, offen über die einer Weltgemeinschaft eigene Autorität sprechen und darüber, wie sie auf eine mit der evangelischen Ausrichtung vereinbare Weise ausgeübt werden solle. Es gebe keine theologischen Gründe dafür, warum es keine nationale und ethnische Grenzen überschreitende lutherische Kirche geben könne. Staalsett wertete den Plan zur *Einberufung eines christlichen Friedenskonzils* positiv; es solle aber besser unter einem anderen Namen zusammentreten. Das Exekutivkomitee machte sich das Votum des Generalsekretärs zu eigen: Zum Abschluß der Münchner Tagung wurde einstimmig eine Erklärung zur Einberufung einer weltweiten ökumenischen Friedensversammlung verabschiedet. Ziel der ökumenischen Friedensversammlung unter Beteiligung der katholischen Kirche müsse es sein, die Herstellung von Atomwaffen, die Androhung ihres Gebrauchs sowie ihren Einsatz zu überwinden. Die Mitgliedskirchen wurden aufgerufen, an die Stelle der Lehre vom gerechten Krieg eine Lehre vom gerechten Frieden zu setzen. Zu *Südafrika* erklärte das Exekutivkomitee, der „dämonische Charakter“ des Apartheidregimes ermächtigt Christen zum Widerstand und zu sofortigem Handeln. Der Lutherische Weltbund wird seine Konten bei drei Banken auflösen, die in Geschäftsbeziehungen zu Südafrika stehen.

#### **Die drei Landeskirchen der Schweiz sprechen sich für eine Ausdehnung der Sonntagsruhe aus.**

Angesichts der in der Schweiz wie in allen Industrieländern zu beobachtenden Tendenz zur Lockerung des Sonntagsarbeitsverbots halten der Vorstand des Schwei-

zerischen Evangelischen Kirchenbundes, die Schweizer Bischofskonferenz sowie der Bischof und Synodalrat der Christkatholischen Kirche der Schweiz Rückfragen an die Rechtfertigung von Ausnahmegewilligungen für geboten. In ihrer gemeinsamen Erklärung „Für einen wirklichen Schutz des Sonntags“ bezeichnen die drei Kirchen die Frage einer Ausweitung der Sonntagsarbeit als eine „gesamtgesellschaftliche Frage, bei der nicht bloß ökumenische Kriterien, sondern auch menschliche und kulturelle Werte zur Diskussion stehen“; deshalb müsse darüber auch eine öffentliche Diskussion stattfinden. In diesem Sinne wollen die Kirchen mit ihrer Erklärung als ihre Sicht in die Diskussion einbringen: 1. Die gesellschaftliche Regelung des Arbeit-Freizeit-Rhythmus muß „der Erhöhung der Lebensqualität förderlich“ sein. 2. Der Sonntag wird unabhängig von der religiösen Überzeugung von einer großen Mehrheit „als Tag der Ruhe, der Besinnung und der Gemeinschaft betrachtet“; Sonntagsarbeit würde deshalb zu einer zeitlichen Desintegration mit sozialen Folgen führen. 3. Wie bei der Verzweckung des Sonntags durch die Konsum- und Freizeitindustrie erschwert die Sonntagsarbeit, „daß der Sonntag als gemeinsamer Ruhetag die Möglichkeiten schafft, um zu Arbeit und Konsum auf Distanz zu gehen und zu einer Tagesgestaltung zu gelangen, die eine Ahnung von befreiter Zeit ohne Fremdbestimmung und Zeitdruck vermitteln kann“. Aus dieser Sicht der Kirchen sei deshalb „nicht eine Ausdehnung der Sonntagsarbeit, sondern eine Ausdehnung der Sonntagsruhe anzustreben als Chance für Sinnerfahrung, solidarische Freiheit und Gemeinschaftserlebnis“. Für die Christen und ihre Kirchen eröffnet der Sonntag als Tag des Herrn darüber hinaus immer wieder neu „die Möglichkeit zur Erinnerung und Ver-Gegenwärtigung der Herkunft und Zukunft unserer christlichen Sinnerfahrung. Daher sollten wir Christen uns noch mehr als andere mit Findigkeit und Ausdauer dafür einsetzen, daß allen die Möglichkeit geboten wird, diesen Tag, der um des Menschen willen von Gott geschenkt wurde, zu einem Tag des Mehr-Mensch-Werdens zu gestalten.“

#### **Der Tod des ungarischen Primas macht umfassendes Revirement im ungarischen Episkopat notwendig.**

Der Tod des Primas von Ungarn, *Lászlo Kardinal Lekai* (er starb am 30. Juni dieses Jahres im Alter von 76 Jahren), macht ein umfassendes Revirement im ungarischen Episkopat notwendig. Vorbereitungen dazu laufen schon seit längerer Zeit, da mit dem Rücktritt des Primas und Kardinals im nächsten Jahr gerechnet wurde. Die Erneuerung des ungarischen Episkopats, die gegenwärtig wohl die dringlichste Aufgabe der Kirche in Ungarn ist (der Episkopat insgesamt ist überaltert, einige Bischofsitze sind unbesetzt, mehrere Bischöfe haben die Altersgrenze zum Amtsverzicht – 75 – längst überschritten und mehrere Bischöfe sind durch Krankheit behindert), wird allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen. Der ungarische Staat bzw. dessen kommunistische Führung hat sich

in den letzten 10 bis 15 Jahren zwar nicht mehr der Besetzung von Bistümern widersetzt, kontrolliert den Episkopat aber sehr genau und legt Wert darauf, daß kein Bischof ernannt wird, der nicht ins Konzept der staatlichen Kirchenpolitik paßt. Die Bischöfe haben einstweilen ihre Handlungsfähigkeit dadurch bewiesen, daß sie bereits bei ihrer ersten Zusammenkunft nach dem Tode des Primas (anlässlich von dessen Beerdigung in Esztergom) den Erzbischof-Koadjutor von Kalocsa, *Lászlo Paskai*, zum neuen Vorsitzenden der Bischofskonferenz gewählt haben: Praktisch das einzige kirchliche Führungsamt, über das wenigstens formell die Bischöfe allein verfügen können, auch wenn davon ausgegangen werden kann, daß der Staat dazu sein Placet gegeben hat. Paskai (59) gilt gegenwärtig als „natürlicher“ Nachfolger Lekais als Primas. Entgegen einer Meldung der FAZ (9. 7.) müßte Paskai sein Amt als Vorsitzender der Bischofskonferenz aber nicht abgeben, wenn er nicht Erzbischof von Esztergom würde. Denn während das Amt des Primas Traditionsamt ist, kann der Vorsitzende aus den Mitgliedern der Bischofskonferenz gewählt werden, unabhängig vom Bischofssitz, den der Betreffende innehat. Paskai hat sich in ersten Stellungnahmen sehr nachdrücklich zu der in Ungarn auch innerhalb der Kirche teilweise heftig umstrittenen Politik der „kleinen Schritte“ des verstorbenen Primas bekannt. Angesichts der strengen Kontrolle, die der Staat über die Kirche ausübt, ist eine andere Art von kirchlicher Führung wohl auch nicht denkbar. Doch wird unter Paskai mit mehr pastoraler Führung und vor allem mit einer Entspannung im Konflikt mit den „Basisgemeinschaften“ des Piaristenpaters *György Bulanyi* („Bulanyisten“) gerechnet, die bisher nicht zuletzt an persönlichen Animositäten zwischen dem sonst liebenswürdig umgänglichen und bescheidenen, aus Gesinnung und auch aus Angst vor Verwicklungen mit dem Staat in kirchenpolitischen Fragen autoritär agierenden Primas und Bulanyi gescheitert war.

#### Der Staat-Kirche-Konflikt in Nicaragua verschärft sich weiter.

Spätestens die Wiedereinreiseverweigerung für den Pressesprecher der Erzdiözese Managua, *Bismarck Carvallo*, und erst recht die Ausweisung des stellvertretenden Vorsitzenden der nicaraguanischen Bischofskonferenz und Bischof der Prälatur Juigalpa, *Pablo Antonio Vega Mantilla*, hat gezeigt, daß die Staat-Kirche-Beziehungen in Nicaragua auf einem neuen Tiefpunkt angekommen sind. Wie die fast zur gleichen Zeit erfolgte Schließung der einzig noch verbliebenen und sehr traditionsreichen Oppositionszeitung „La Prensa“ und die Verhaftung mehrerer Oppositionspolitiker zeigt, nimmt das sandinistische Regime keine Rücksicht mehr auf die innere Opposition, ob es sich dabei um kirchliche oder zivile Persönlichkeiten handelt. Vermutlich wollten die Verantwortlichen des Regimes die Zeit unmittelbar nach dem für sie günstigen Urteil des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag über völkerrechtswidrige Eingriffe der

USA gegenüber Nicaragua nutzen, um innenpolitisch reinen Tisch zu machen. Obwohl die Vertreter des Regimes auch nach den jüngsten Maßnahmen nicht müde werden zu versichern, sie respektierten die Kirchen- und Religionsfreiheit, und die betroffenen kirchlichen Persönlichkeiten seien allein aus politischen Gründen ausgewiesen worden, weil sie sich ein Staatsvergehen hätten zuschulden kommen lassen, wird doch deutlich, daß die Sandinisten die Kirche sowohl als religiöse wie als politische Opposition im Innern ausschalten wollen. Wie wenig Rücksicht die Sandinisten auf die kirchliche Hierarchie noch zu nehmen bereit sind, zeigt gerade der Fall des Bischofs Vega. Im Gegensatz zu Kardinal *Miguel Obando Bravo*, der sich schon sehr früh in offene Opposition zum Regime begab, versuchte Vega, obwohl auch selbst nie ein erklärter Freund der sandinistischen Bewegung, lange zu vermitteln. Allerdings hatte Vega in einigen Erklärungen auf Auslandsreisen und in Gesprächen mit Auslandskorrespondenten im Lande selbst deutliches Verständnis für die Contras und auch für die Position der Reagan-Administration gezeigt und das Recht auf Widerstand der Bevölkerung angesichts der Menschenrechtsverletzungen im Lande gerechtfertigt. Wie prekär die Situation der kirchlichen Hierarchie im Lande geworden ist, zeigt, daß Kardinal Obando eine schon angekündigte und fest terminierte Auslandsreise abgesagt hat. Auch er könnte vermutlich nicht mehr mit einer Wiedereinreise rechnen.

#### US-Bischöfe plädieren für genauere Unterscheidung zwischen Priester- und Laienämtern.

Die letzte außerordentliche Vollversammlung (9. bis 16. Juni) der US-Bischöfe war als eine Art Exerzitien gestaltet und fand hinter verschlossenen Türen in Collegeville/Minnesota statt. Es war nicht beabsichtigt, irgendeine Erklärung als Beratungsergebnis zu erarbeiten. In der Öffentlichkeit bekannt wurden lediglich einige der von Bischöfen gehaltenen Referate. So wies Bischof *Raymund Lucker* von New Ulm/Minnesota darauf hin, daß die Kirche die Laien in der für sie vorrangigen Aufgabe bestärken müsse, die Gesellschaft umzugestalten, in der sie leben und arbeiten. Die Kirche habe in der Vergangenheit mehr Wert darauf gelegt, kirchliche Ämter zu entwickeln als solche „Ämter“ zur Umgestaltung der Gesellschaft. Die Kirche müsse eine Klerikalisierung der Laien-Ämter vermeiden. Nach Ansicht des Erzbischofs von Cincinnati, *Daniel Pilarczyk*, haben zur Abnahme der Berufungen Unklarheiten in bezug auf das Wesen und die Aufgaben des Priestertums und den Wert des priesterlichen Zölibats beigetragen. Das allgemeine Priestertum der Glaubenden fordere dazu auf, zu einer Heiligung der Welt beizutragen, während der geweihte Priester in erster Linie für den Dienst innerhalb der Kirche da sei. In bezug auf den Priestermangel wies *Pilarczyk* u. a. darauf hin, daß die Realisierung eines verheirateten Priestertums oder des Priestertums der Frau nicht als offene Fragen gelten sollten, während man

den Problemen Beachtung schenken solle, die mit den Mitteln gelöst werden können, über die man z. Z. verfüge. In einer Zusammenfassung der Beratungen meinte der Erzbischof von Chicago, Kardinal *Joseph Bernardin*, daß die explosionsartige Entwicklung bei den Laienämtern zu einer Verwischung der Rollen geführt habe sowie

zur Tendenz, alles mögliche in einem gemeinsamem Amt unterzubringen. Nur wenn wieder stärker unterschieden werde zwischen den Aufgaben der Priester und der Laien, würden sich die Priester weniger bedroht fühlen und wären besser dazu in der Lage, die Laien in ihren Aufgaben zu bestärken.

## Bücher

KARL-EGON LÖNNE, **Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert**. Neue historische Bibliothek. edition suhrkamp. Neue Folge Band 264, Frankfurt am Main 1986. 339 S. 16,- DM.

Eine vergleichende und zugleich komprimierte Darstellung des politischen Katholizismus in Europa hat bisher gefehlt. Wer das Werk Lönnes mit solcher Erwartung in die Hand nimmt, wird allerdings enttäuscht – trotz diverser Vorzüge, die es zweifellos bietet. Der Autor verzichtet von vornherein auf eine auf Synthese zielende Durchleuchtung der (zunächst) als Reaktion auf die Französische Revolution und die Säkularisation entstandenen politischen Kräfte und Bewegungen in den in sich „sehr ungleichen“ Katholizismen der verschiedenen europäischen Länder. Lönne beschränkt sich auf eine (parallelisierte) Darstellung des sich politisch artikulierenden Katholizismus in Deutschland, Frankreich und Italien vom auslaufenden 18. Jahrhundert bis in die unmittelbare Gegenwart (unter Vernachlässigung für das Thema ebenfalls nicht unwichtiger anderer Länder: Belgien, Holland – auch Österreich). Und so sehr er auch bemüht ist, nicht nur die „Außenbeziehungen“ dieser Katholizismen (zu Staat und Gesellschaft), sondern die inneren Spannungsverhältnisse zu verdeutlichen, gerät ihm mit seiner historisierenden Methode gerade die Entwicklung seit 1945 zu einer nicht einmal besonders informativen Kurzdarstellung der Entwicklung christlich-demokratischer Parteien. Was methodisch wohl nur geschehen konnte auf dem Hintergrund der wirklich nicht haltbaren, direkt nur auf die CDU/CSU angewandte, aber indirekt auf alle C-Parteien bezogene These, daß die Entwicklung der Unionsparteien „weitgehend mit der Entwicklung des politischen Katholizismus in der Bundesrepublik gleichgesetzt werden (kann)“ (S. 276). Abgesehen davon, daß diese Gleichsetzung gerade in bezug auf die Bundesrepublik eine pure Fiktion ist, gehört die gesamte Nachkriegszeit in Europa bereits zur Nachgeschichte des politischen Katholizismus, in der er als eigenständige politische Kraft längst zu existieren aufgehört hat und in einem schwächer werdenden katholischen Verbandswesen nur ein parapolitisches Dasein in den vorpolitischen Räumen führt. Dennoch ist die Arbeit Lönnes vor allem für die Kenntnis des 19. Jahrhunderts

hilfreich, weil sie den Leser über eine verengte nationale Sicht hinausführt, sich auf die Darstellung der wesentlichen Entwicklungen beschränkt und die von ihm behandelten Katholizismen dieser Zeit in ihren Errungenschaften wie in ihren Fragwürdigkeiten vorurteilsfrei darstellt.

D. S.

MICHAEL N. EBERTZ / FRANZ SCHULTHEIS (Hrsg.), **Volksfrömmigkeit in Europa**. Chr. Kaiser Verlag, München 1986. 288 S. 48,- DM.

Volksfrömmigkeit als Forschungsgebiet wird gerade im deutschsprachigen Gebiet vielfach einer weithin deskriptiv-inventarisierenden religiösen Volkskunde überlassen. Die Religionssoziologie, zumal wenn sie sich schwerpunktmäßig als Kirchen- bzw. Pastoralsoziologie betätigt, hat hier noch einiges nachzuholen. Der vorliegende Sammelband mit Beiträgen zu einer „Soziologie populärer Religiosität“ aus insgesamt 14 Ländern ist ein Versuch, diesem Defizit abzuweichen. Aufgabe der Autoren war es, jeweils ein theoretisches Konzept vorzustellen und dies mit Hilfe von Fallbeispielen zu erläutern. Das Ergebnis ist eine Sammlung von Beiträgen mit z. T. recht verschiedenem Forschungsinteresse im weiten Feld von Religionssoziologie, Volkskunde, Religionsgeschichte. Ausgangspunkt der Beiträge ist die wie auch immer im Einzelfall inhaltlich gefüllte Unterscheidung von populärer und nichtpopulärer Religiosität. Auch über ein rein wissenschaftliches Interesse hinaus ist diese Unterscheidung gerade heute von einigem Belang: Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Frage nach der Zukunft des Christentums, den Tradierungschancen des Glaubens ist ein solcher Blick über den Rand kirchlicher Religiosität allemal heilsam. Zu kurz greifen würde es allerdings, wenn Religionssoziologen aus Furcht, von Kirche und Pastoral vereinnahmt zu werden, „populäre Religiosität“ in erster Linie als Ausdruck einer Reaktion des Volkes gegen kirchliche „Monopolisierungs“-Tendenzen verstünden. Religiosität ist zwar mehr, als Theologie und Kirche als solche definieren, letztere haben aber dennoch eine notwendige und legitime Korrekturfunktion, die nicht einfach mit „Bekämpfung“, „Stigmatisierung“ wiederzugeben ist.

K. N.